

KARIKATUR DER WOCHE



Überforderte Einzelne, fragmentierte Gesellschaft

Werden wir jetzt alle wieder Stammeskrieger?

Gastkommentar
von STEPHAN BIERLING

Wer die Politik 2019 verstehen will, muss eine Viertelmillion Jahre zurück in die afrikanische Savanne reisen. In den Tausenden von Generationen, die der Homo sapiens als Jäger und Sammler dort in Kleingruppen von maximal achtzig Menschen verbrachte, entwickelte sich nämlich sein psychisches Gerüst. Es leitet ihn bis heute. Im täglichen Kampf um Nahrung und gegen Konkurrenten waren die Überlebenschancen jener Clans am besten, die zusammenhielten und sich gegenseitig unterstützten. Gemeinsame Rituale, Mythen und Kulte zementierten diese intensive Kooperation. Das Clan-Denken hat aber auch eine dunkle Seite: Die Anderen, die nicht der eigenen Gruppe Zugehörigen betrachtete man als Rivalen und Feinde. Nicht umsonst ist die Rate gewaltsamer Tode in Jäger- und Sammlerkulturen enorm.

Diese Grundkonstitution des Menschen, sich in Gruppen sicher und geborgen zu fühlen, ist die Voraussetzung für die Entwicklung von Völkern, Religionen und Staaten. Solidarität und Loyalität, die sich zunächst allein auf die eigene Sippe bezogen, lassen sich nämlich durch gezielte Erziehung und Indoktrination auf grössere Einheiten übertragen. Religionen schaffen es sogar, das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft über Herkunft, Sprache oder Hautfarbe hinweg für Milliarden Menschen zu stiften – historisch allerdings oft verbunden mit dem Zwangskonvertieren, Ausgrenzen oder Auslöschen Andersgläubiger. In der Politik hat die Identifikation mit der Gruppe im besten Fall die westliche Demokratie begründet, im schlimmsten völkische oder ideologische Despotien.

Globalisten und Lokalisten

Sprung in die Jetztzeit, in der die politischen Auseinandersetzungen immer feindseliger werden. Die Ursachen dafür sind tiefgreifende und rapide Veränderungen unserer Gesellschaften: Technologischer Fortschritt, Globalisierung, Immigration, Emanzipation lange benachteiligter Gruppen lassen die festen Strukturen zerfallen, die unser Dasein prägten. Während die gut ausgebildeten Eliten diese beispiellose Dynamik und neue Mobilität als Chance begreifen und davon profitieren, fühlen sich andere dadurch in Wohlstand und Lebensart bedroht und wollen den Nationalstaat als Beschützer vor Unsicherheit und Wandel stärken. Das alles sind keine neuen Entwicklungen, aber sie haben sich seit dem Ende des Kalten Kriegs massiv beschleunigt. Die schwere weltweite Wirtschaftskrise nach 2008 und die Masseneinwanderung nach Europa 2015 wirkten als Brandbeschleuniger für diese gesellschaftliche Polarisierung.

Demokratien dürfen nicht hinnehmen, dass sie in Stämme, in Sieger und Besiegte zerfallen. Das verstösst gegen ihr Gründungsversprechen: dass alle Bürger gleich sind.

Demokratien zerfallen, so argumentiert der britische Publizist David Goodhart, mehr und mehr in Globalisten («anywheres»), die überall zu Hause sind, und Lokalisten («somewheres»), die in ihrer Region verhaftet bleiben. Diese Gruppen haben wenig mit traditionellen politischen Parteien gemein, auch wenn sie sich ihrer oft bedienen, und erinnern mehr an rivalisierende Stämme. Stammeskongflikte mit ihrem Freund-Feind-Denken erlauben jedoch keine Kompromisslösungen. Sie lassen die Sprache verrohen, Hasskommentare im Internet spriessen und den Wunsch nach autoritären Führern entstehen. Der politische Gegner wird denunziert, geschmäht oder bedroht, der Respekt für andere Meinungen geht verloren. Die unterschiedlichen Stämme haben ihre eigenen Erzählungen, Werte und Codes, sie leben buchstäblich in getrennten Welten. Ein Beispiel: In den USA wohnen Demokraten immer häufiger in Städten,

Republikaner auf dem Land. In Washington D. C. kam Trump auf vier Prozent der Stimmen, im texanischen Roberts County dagegen auf 95 Prozent. Wie soll man den anderen verstehen, wenn man ihn nicht mehr trifft?

Wie Zusammengehörigkeit herstellen?

Globalisten können sich dabei zurücklehnen in dem Bewusstsein, dass die Megatrends ihnen in die Hände spielen. Viele Lokalisten dagegen sind nicht ohne Grund wütend: Ihre beruflichen Fertigkeiten werden von neuen Anforderungen überholt, ihre gesellschaftliche und familiäre Stellung erodiert, ihre Werte und Traditionen gelten als antiquiert. Brexiteers, Trump-, Salvini- und LePen-Anhänger sehen sich vom Establishment an den Rand gedrängt. Dabei geht es nicht primär um Geld und Jobs. Viele Trump-Fans schätzen an ihrem Idol mehr, dass er gegen das System rebelliert und die vermeintlich für ihr Schicksal Verantwortlichen mit Schmähungen und Strafzöllen überzieht, als dass er ihr materielles Los verbessert. Bisweilen schlägt der Protest in verbale und physische Gewalt um. In den vergangenen Monaten verwüsteten die Gelbwesten die Champs-Élysées, zerstörten Luxusautos und Edelmotoren und verletzten mehr als tausend Polizisten. Schon die britischen Maschinenstürmer, die Ludditen, kämpften Anfang des 19. Jahrhunderts mit Gewalt gegen Statusverlust und Perspektivlosigkeit.

Demokratien dürfen es nicht hinnehmen, dass sie in Stämme, in Sieger und Besiegte zerfallen. Das verstösst gegen ihr Gründungsversprechen, dass alle, Postangestellte, Bauer, Professorin, gleich sind; es gefährdet ihre Vitalität und stellt ihre Überlebensfähigkeit infrage. Bürger mit Abstiegsängsten als «Bedauernswerte» zu stigmatisieren, wie das Hillary Clinton im US-Präsidentenwahlkampf 2016 getan hat, ist genau der falsche Weg, das für jeden Staat notwendige Gemeinschaftsgefühl herzustellen. Historisch liess sich Zusammengehörigkeit am leichtesten erzielen über militärische Expansion, Feindbilder, Opfermythen und Ethnonationalismus. Zu solchen Mitteln greifen heute aber nur mehr autoritäre Herrscher wie Xi, Putin oder Erdogan – vor allem, um ihre eigene Machtposition zu stärken. Demokratien können sich einen heissen oder kalten Krieg nicht wünschen. Zugleich sind Herausforderungen wie China, Islamismus oder Klimawandel zu diffus, als dass sie Gesellschaften zusammenschweissen könnten. Auch ein populistischer Nationalismus ist für Demokratien keine Option, weil er schnell in Xenophobie, Militarismus und ethnische Exklusion umschlagen kann.

Wie also können Demokratien dem Zerfall in Stämme entgegenwirken? Es braucht Orte, an denen sich Mitglieder der beiden Gruppen bege-

nen und sich wieder kennenlernen. Das ist heute schwieriger als früher, da die Selbstsegregation der Gesellschaft weit fortgeschritten ist: Globalisten heiraten vermehrt untereinander, Lokalisten ebenso. Globalisten gehen ins vegane Restaurant und in die Oper, Lokalisten in die Eckkneipe und ins Fussballstadion. Kirchen und politische Parteien, in denen sich früher unterschiedliche Gruppen trafen, leiden unter Mitgliederschwund oder sind selbst zu Stammesorganisationen geworden. Evangelische Kirchentage in Deutschland etwa erinnern an geschlossene Veranstaltungen, bei denen abweichende Meinungen ausgebuht werden – so gerade geschehen dem Mainzer Historiker Andreas Rödder, als er die Aktivistin Greta Thunberg für ihren Aufruf zur Panik kritisierte.

Gegen diese Unkultur des Verachtens müssen Demokratien ankämpfen, im Kleinen wie im Grossen. Erstens sollten die mobilen Globalisten ihre Blasen verlassen und Orte aufsuchen, an denen sie nicht nur ihresgleichen treffen. Rotarier gehören auch in den Gesangsverein, Journalisten in Volleyballklubs, Studenten zur freiwilligen Feuerwehr. Roger Cohen, der in der «New York Times» eine Kolumne mit dem Titel «The Globalist» schreibt, erzählte kürzlich bei einem Vortrag in München, welch eine die Augen öffnende Erfahrung es für ihn gewesen sei, mit 22 anderen Amerikanern, die aus allen Lebensbereichen stammten, als Geschworene in einem Gerichtsverfahren zusammengespant geworden zu sein.

Bekenntnis zu verbindlichen Werten

Zweitens braucht es staatliches Handeln. Demokratien können der negativen Abgrenzung gegenüber dem anderen eine eigene positive kulturelle Identität entgegensetzen. Dazu zählt das Einimpfen bestimmter Rituale und Gemeinschaftserfahrungen. Eine Wehrpflicht oder ein vorgeschriebenes soziales Jahr, die junge Männer und Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten sowie politischen und religiösen Lagern zusammenbringen, wären ein solcher Weg. Die Einführung eines Schulfachs «Demokratiekunde» oder ein Verfassungsgelöbnis vor Unterrichtsbeginn wären weitere Möglichkeiten.

Die USA haben, in besseren Tagen, vorexerziert, wie man eine Demokratie aufbaut und bewahrt: Bürger wurde man nicht qua Abstammung, Religion oder Sprache, sondern durch das Bekenntnis zu verbindlichen Werten. Ein progressiver Nationalismus der Freiheitsliebe, Eigenverantwortung, Fairness und Toleranz ist unabdingbar, wollen Demokratien ihre Savanneninstinkte überwinden.

Stephan Bierling ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg.